

Gemeinde Buchs
Gemeinde Dällikon
Gemeinde Regensdorf

Statuten

des Zweckverbands Zivilschutz Oberes Furttal

vom 20. Oktober 2019

Inhalt

1. Bestand und Zweck	3
Art. 1 Bestand	3
Art. 2 Zweck	3
Art. 3 Beitritt weiterer Gemeinden	3
2. Organisation	3
Art. 4 Organe	3
Art. 5 Amtsdauer	3
Art. 6 Entschädigung	3
Art. 7 Zeichnungsberechtigung	4
Art. 8 Publikation und Information	4
Art. 9 Stimmrecht	4
Art. 10 Verfahren	4
Art. 11 Zuständigkeit	4
Art. 12 Volksinitiative	5
Art. 13 Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Verbandsgemeinden	5
Art. 14 Aufgaben und Kompetenzen der Gemeindevorstände der Verbandsgemeinden	5
Art. 15 Beschlussfassung	6
Art. 16 Zusammensetzung	6
Art. 17 Konstituierung	6
Art. 18 Offenlegung der Interessenbindungen	6
Art. 19 Allgemeine Befugnisse	7
Art. 20 Finanzbefugnisse	7
Art. 21 Aufgabendelegation	8
Art. 22 Einberufung und Teilnahme	8
Art. 23 Beschlussfassung	8
Art. 24 Zusammensetzung und Offenlegung der Interessenbindungen	8
Art. 25 Aufgaben (RPK)	8
Art. 26 Beschlussfassung	9
Art. 27 Herausgabe von Unterlagen und Auskünfte	9
Art. 28 Prüfungsfristen	9
Art. 29 Aufgaben der Prüfstelle	9
Art. 30 Einsetzung der Prüfstelle	9
3. Personal und Arbeitsvergaben	9
Art. 31 Anstellungsbedingungen	9
Art. 32 Administration	10

Art. 33	Öffentliches Beschaffungswesen	10
4.	Verbandshaushalt	10
Art. 34	Finanzhaushalt	10
Art. 35	Finanzierung der Betriebskosten	10
Art. 36	Finanzierung der Investitionen	10
Art. 37	Beteiligungs- und Eigentumsverhältnisse	11
Art. 38	Haftung	11
5.	Aufsicht und Rechtsschutz	11
Art. 39	Aufsicht	11
Art. 40	Rechtsschutz und Verbandsstreitigkeiten	11
6.	Austritt, Auflösung und Liquidation	12
Art. 41	Austritt	12
Art. 42	Auflösung	12
7.	Übergangs- und Schlussbestimmungen	12
Art. 43	Einführung eigener Haushalt	12
Art. 44	Inkrafttreten	12

1. Bestand und Zweck

Art. 1 Bestand

¹ Die politischen Gemeinden Buchs, Dällikon und Regensdorf bilden unter der Bezeichnung „Zivilschutz Oberes Furttal“ auf unbestimmte Dauer einen Zweckverband nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes.

² Der Zweckverband hat seinen Sitz in der rechnungsführenden Verbandsgemeinde.

Art. 2 Zweck

¹ Der Zweckverband betreibt eine regional tätige Zivilschutzorganisation, welche im Rahmen des Bevölkerungsschutzes den Behörden für die Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen zur Verfügung steht.

² Im Weiteren bildet und betreibt er einen gemeinsamen Führungsstab.

³ Deren Aufgabenbereiche richten sich nach den jeweils gültigen Normen des Bundesrechts und des kantonalen Rechts.

Art. 3 Beitritt weiterer Gemeinden

¹ Der Beitritt weiterer Gemeinden zum Zweckverband ist möglich, wobei jeder Beitritt eine Statutenrevision erfordert, welche der Urnenabstimmung unterliegt. Der Beitritt weiterer Gemeinden gilt nur dann als zustande gekommen, wenn alle bisherigen Zweckverbandsgemeinden dies bejahen.

2. Organisation

2.1. Allgemeine Bestimmung

Art. 4 Organe

Organe des Zweckverbands sind:

1. die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets;
2. die Verbandsgemeinden;
3. die Steuerungskommission;
4. die Rechnungsprüfungskommission (RPK).

Art. 5 Amtsdauer

Für die Mitglieder der Steuerungskommission und der Rechnungsprüfungskommission beträgt die Amtsdauer vier Jahre. Sie fällt mit derjenigen der Gemeindebehörden zusammen.

Art. 6 Entschädigung

Die Entschädigungen der Mitglieder der Steuerungskommission, der Mitglieder des regionalen Führungsstabes und der Angehörigen der Führungsgruppe der

Zivilschutzorganisation werden durch die Steuerungskommission in einem Entschädigungserlass festgesetzt. Dieser muss durch die Gemeindevorstände der Zweckverbandsgemeinden genehmigt werden.

Art. 7 Zeichnungsberechtigung

¹ Rechtsverbindliche Unterschrift für den Zweckverband führen die Präsidentin oder der Präsident und die Sekretärin oder der Sekretär des Zweckverbands, beziehungsweise deren jeweiligen Stellvertretungen, gemeinsam.

² Die Steuerungskommission kann die Zeichnungsberechtigung im Interesse eines ordentlichen Betriebsablaufs für sachlich begrenzte Bereiche im Betrag limitieren oder anders ordnen.

Art. 8 Publikation und Information

¹ Der Zweckverband nimmt die amtliche Publikation seiner Erlasse und allgemein verbindlichen Beschlüsse im amtlichen Publikationsorgan vor.

² Der Zweckverband sorgt für eine dauerhafte elektronische Zugänglichkeit seiner Erlasse.

³ Die Bevölkerung ist im Sinne des kantonalen Gesetzes über die Information und den Datenschutz periodisch über wesentliche Zweckverbandsangelegenheiten zu informieren.

2.2. Die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets

2.2.1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 9 Stimmrecht

Die in kommunalen Angelegenheiten stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner aller Verbandsgemeinden sind die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets.

Art. 10 Verfahren

¹ Die Stimmberechtigten stimmen an der Urne. Das Verfahren richtet sich nach der kantonalen Gesetzgebung. Der Verbandsvorstand verabschiedet die Vorlage zuhanden der Urnenabstimmung. Wahlleitende Behörde ist der Gemeindevorstand der Sitzgemeinde.

² Eine Vorlage ist angenommen, wenn sie die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt.

Art. 11 Zuständigkeit

Den Stimmberechtigten des Verbandsgebiets stehen zu:

1. die Einreichung von Volksinitiativen;
2. die Abstimmung über rechtmässige Initiativbegehren, unter Vorbehalt der Zuständigkeit der Verbandsgemeinden für die Änderung der Statuten und die Auflösung des Zweckverbands;

3. Beschlussfassung über einmalige Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 800'000.— oder jährlich wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr.100'000.—.

2.2.2. Volksinitiative

Art. 12 Volksinitiative

¹ Eine Volksinitiative kann über Gegenstände eingereicht werden, die dem obligatorischen Referendum unterstehen.

² Mit einer Volksinitiative kann ausserdem die Änderung der Statuten und die Auflösung des Zweckverbands verlangt werden.

³ Die Initiative ist zustande gekommen, wenn sie von mindestens 800 Stimmberechtigten unterstützt wird und spätestens 6 Monate nach der Veröffentlichung der Initiative im amtlichen Publikationsorgan eingereicht wird.

2.3. Die Verbandsgemeinden

Art. 13 Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Verbandsgemeinden

¹ Die Stimmberechtigten der einzelnen Verbandsgemeinden beschliessen je an der Urne über:

1. die Änderung dieser Statuten;
2. die Kündigung der Mitgliedschaft beim Zweckverband;
3. die Auflösung des Zweckverbands.

² Bei Urnenabstimmungen in den Verbandsgemeinden über die Auflösung des Zweckverbands sowie über grundlegende Änderungen der Statuten übt das Gemeindeparlament oder in Versammlungsgemeinden der Gemeindevorstand ein eigenes Antragsrecht neben dem Antragsrecht der Steuerungskommission aus.

Art. 14 Aufgaben und Kompetenzen der Gemeindevorstände der Verbandsgemeinden

Die Gemeindevorstände der Verbandsgemeinden sind insbesondere zuständig für:

1. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 150'000.— bis Fr. 800'000.— und von neuen wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 30'000.— bis Fr. 100'000.—, soweit nicht die Steuerungskommission zuständig ist;
2. die Festsetzung des Budgets;
3. die Kenntnisnahme vom Finanz- und Aufgabenplan;
4. die Genehmigung der Jahresrechnung;
5. die Kenntnisnahme des Geschäftsberichts;
6. die Genehmigung der Abrechnungen über alle neuen Ausgaben die die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets bewilligt haben;
7. den Erlass eines Reglements über die Entschädigung der Steuerungskommission, deren Sekretär oder Sekretärin und den Rechnungsführer

- oder die Rechnungsführerin sowie der Kader und übrigen Angehörigen der Dienste von Aufgaben des Zweckverbandes;
8. die Wahl der Mitglieder der Steuerungskommission gemäss Art. 16 und des Führungsstabes.

Art. 15 Beschlussfassung

¹ Ein den Verbandsgemeinden unterbreiteter Antrag gilt als angenommen, wenn er die Zustimmung der Mehrheit der Verbandsgemeinden erhalten hat. Gültig zu Stande gekommene Beschlüsse sind auch für die nicht zustimmenden Verbandsgemeinden verbindlich.

² Grundlegende Änderungen der Statuten bedürfen der Zustimmung aller Verbandsgemeinden. Grundlegend sind Änderungen, die folgende Gegenstände regeln:

1. wesentliche Aufgaben des Zweckverbands;
2. die Grundzüge der Finanzierung;
3. Austritt und Auflösung;
4. die Mitwirkungsmöglichkeiten der Stimmberechtigten und der Verbandsgemeinden.

2.4. Der Verbandsvorstand

Art. 16 Zusammensetzung

¹ Die Steuerungskommission besteht aus sechs Mitgliedern, wobei jede Verbandsgemeinde mindestens ein Mitglied entsendet. Der Gemeindevorstand Regensdorf wählt zusätzlich ein Mitglied aus dem Gemeindegebiet, welches nicht dem Zivilschutz oder dem Führungsstab angehören darf.

² Der Kommandant oder die Kommandantin der Zivilschutzorganisation und der Stabschef oder die Stabschefin der regionalen Führungsorganisation gehören der Steuerungskommission von Amtes wegen an und sind nicht stimmberechtigt.

³ Als Sekretär oder Sekretärin amtiert der Leiter oder die Leiterin der Zivilschutzstelle. Er oder sie nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.

Art. 17 Konstituierung

Die Steuerungskommission konstituiert sich unter dem Vorsitz ihres bisherigen Präsidenten oder ihrer bisherigen Präsidentin. Wenn der bisherige Präsident oder die bisherige Präsidentin nicht mehr antritt, wird der Vorsitz dem vom Gemeinderat delegierten Mitglied der rechnungsführenden Verbandsgemeinde übertragen.

Art. 18 Offenlegung der Interessenbindungen

¹ Die Mitglieder des Verbandsvorstands legen ihre Interessenbindungen offen. Insbesondere geben sie Auskunft über:

1. ihre beruflichen Tätigkeiten;
2. ihre Mitgliedschaften in Organen und Behörden der Gemeinden, des Kantons und des Bundes;

3. ihre Organstellungen in und wesentlichen Beteiligungen an Organisationen des privaten Rechts.

² Die Interessenbindungen werden veröffentlicht.

Art. 19 Allgemeine Befugnisse

¹ Der Steuerungskommission stehen unübertragbar zu:

1. die politische Planung, Führung und Aufsicht;
2. die Verantwortung für den Verbandshaushalt;
3. die Besorgung sämtlicher Verbandsangelegenheiten, soweit dafür nicht ein anderes Organ zuständig ist;
4. die Beratung von und Antragstellung zu allen Vorlagen, über welche die Stimmberechtigten oder die Verbandsgemeinden beschliessen;
5. die Vertretung des Zweckverbands nach aussen;
6. die Bestimmung des amtlichen Publikationsorgans;
7. die Anstellung und Entlassung des Personals im Rahmen des Stellenplans.

² Der Steuerungskommission stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht delegiert werden können:

1. der Vollzug der Beschlüsse der übergeordneten Verbandsorgane;
2. der Erlass von Grundsätzen und Weisungen zur Betriebsführung;
3. die regelmässige Information der Verbandsgemeinden über die Geschäftstätigkeit des Zweckverbands;
4. das Handeln für den Zweckverband nach aussen;
5. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung.

Art. 20 Finanzbefugnisse

¹ Der Steuerungskommission stehen unübertragbar zu:

1. die Erstellung der Budgetvorlage und die Antragstellung an die Verbandsgemeinden;
2. die Beschlussfassung über den Finanz- und Aufgabenplan;
3. die Beschlussfassung über die Jahresrechnung;
4. die Bewilligung von neuen, im Budget nicht enthaltenen, einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 5'000.— und bis insgesamt Fr. 15'000.— pro Jahr sowie von neuen, im Budget nicht enthaltenen, wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 2'000.— im Einzelfall, jedoch maximal Fr. 6'000.— pro Jahr.

² Der Steuerungskommission stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht delegiert werden können:

1. der Ausgabenvollzug;
2. gebundene Ausgaben;
3. die Bewilligung von neuen, im Budget enthaltenen, einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 150'000. — sowie von neuen, im Budget enthaltenen, wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 30'000. —.

Art. 21 Aufgabendelegation

¹ Die Steuerungskommission kann bestimmte Aufgaben an einzelne ihrer Mitglieder oder ihre Ausschüsse oder an ihr Personal zur selbständigen Erledigung delegieren.

² Die Steuerungskommission regelt in einem Erlass die Aufgaben und die Entscheidungsbefugnisse, die sie an ihre Mitglieder und Ausschüsse und an das Verbandspersonal delegiert.

Art. 22 Einberufung und Teilnahme

¹ Die Steuerungskommission tritt auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel ihrer Mitglieder zusammen. Die Mitglieder sind zur Teilnahme an den Sitzungen verpflichtet.

² Die Verhandlungsgegenstände sind den Mitgliedern mindestens 7 Tage vor der Sitzung in einer Einladung schriftlich oder auf elektronischem Weg anzuzeigen.

³ Die Steuerungskommission kann Dritte mit beratender Stimme beiziehen.

Art. 23 Beschlussfassung

¹ Die Steuerungskommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.

² Die Steuerungskommission beschliesst mit einfachem Mehr der Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Präsidentin oder des Präsidenten den Ausschlag.

³ Die Mitglieder sind zur Stimmabgabe verpflichtet. Die Stimmabgabe erfolgt offen.

⁴ Über Anträge kann ausnahmsweise auch im Zirkularverfahren entschieden werden, sofern dies nicht ein Mitglied ablehnt.

2.5. Die Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Art. 24 Zusammensetzung und Offenlegung der Interessenbindungen

¹ Die Rechnungsprüfungskommission setzt sich wie diejenige der Sekundarschulgemeinde Regensdorf-Buchs-Dällikon zusammen.

² Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission legen ihre Interessenbindungen offen. Die Bestimmungen für die Mitglieder der Steuerungskommission gelten entsprechend.

Art. 25 Aufgaben (RPK)

¹ Die Rechnungsprüfungskommission prüft alle Anträge von finanzieller Tragweite an die Verbandsgemeinden oder die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets, insbesondere Anträge betreffend das Budget, die Jahresrechnung und Verpflichtungskredite.

² Ihre Prüfung umfasst die finanzrechtliche Zulässigkeit, die finanzielle Angemessenheit und die rechnerische Richtigkeit.

³ Sie erstattet den Verbandsgemeinden oder den Stimmberechtigten schriftlich Bericht und Antrag.

Art. 26 Beschlussfassung

¹ Die Rechnungsprüfungskommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.

² Sie beschliesst mit einfachem Mehr der Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der Präsidentin oder des Präsidenten den Ausschlag.

³ Die Mitglieder sind zur Stimmabgabe verpflichtet. Die Stimmabgabe erfolgt offen.

Art. 27 Herausgabe von Unterlagen und Auskünfte

¹ Mit den Anträgen legt der Vorstand der Rechnungsprüfungskommission die zugehörigen Akten vor.

² Im Übrigen richten sich die Herausgabe von Unterlagen und die Erteilung von Auskünften an die Rechnungsprüfungskommission nach dem Gemeindegesetz.

Art. 28 Prüfungsfristen

Die Rechnungsprüfungskommission prüft Budget, Jahresrechnung sowie die übrigen Geschäfte in der Regel innert 30 Tagen.

2.6. Prüfstelle

Art. 29 Aufgaben der Prüfstelle

¹ Die Prüfstelle nimmt die finanztechnische Prüfung der Rechnungslegung und der Buchführung vor.

² Sie erstattet der Steuerungskommission, der Rechnungsprüfungskommission und dem Bezirksrat umfassend Bericht über die finanztechnische Prüfung.

³ Die Prüfstelle erstellt zudem einen Kurzbericht, der Bestandteil der Jahresrechnung ist.

Art. 30 Einsetzung der Prüfstelle

Die Steuerungskommission und die Rechnungsprüfungskommission bestimmen mit übereinstimmenden Beschlüssen die Prüfstelle.

3. Personal und Arbeitsvergaben

Art. 31 Anstellungsbedingungen

Für das Personal des Zweckverbands gelten grundsätzlich die gleichen Anstellungs- und Besoldungsbedingungen wie für das Personal des Kantons Zürich. Besondere Vollzugsbestimmungen bedürfen eines Beschlusses des Vorstandes.

Art. 32 Administration

¹ Die Rechnungsführung für den Zweckverband und der Betrieb der Zivilschutzstelle werden im Dienstleistungsverhältnis einer Verwaltung der Verbandsgemeinden übertragen.

² Die Anstellung des Personals (z.B. Materialwart, Stabschef) wird vertraglich der von den Gemeindevorständen bestimmten Zweckverbandsgemeinde übertragen.

³ Die Kosten für die Erfüllung dieser unter Abs. 1 und Abs. 2 aufgeführten Aufgaben werden dem Zweckverband in Rechnung gestellt.

⁴ Die Gemeindevorstände der Verbandsgemeinden bestimmen, welcher Verwaltung die Rechnungsführung und der Betrieb der Zivilschutzstelle übertragen werden. Für die Auflösung des Dienstleistungsverhältnisses wird eine zweijährige Kündigungsfrist angesetzt.

Art. 33 Öffentliches Beschaffungswesen

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, Arbeiten und Lieferungen richtet sich nach dem übergeordneten Recht über das öffentliche Beschaffungswesen.

4. Verbandshaushalt

Art. 34 Finanzhaushalt

¹ Massgebend für den Finanzhaushalt und die Rechnungslegung des Zweckverbands sind das Gemeindegesetz, die Gemeindeverordnung sowie die besonderen Haushaltsvorschriften aus Spezialgesetzen.

² Bis zum 31. Januar jeden Jahres liefert die Steuerungskommission den Verbandsgemeinden die Zahlen, die sie für die Erstellung ihrer Jahresrechnungen benötigen, und bis zum 15. Juli jeden Jahres die Zahlen zur Erstellung ihres Budgets.

Art. 35 Finanzierung der Betriebskosten

¹ Die nicht durch Einnahmen gedeckten Betriebskosten des Zweckverbands werden jährlich nach Anzahl der Einwohner auf die Verbandsgemeinden aufgeteilt. Massgebend ist die Anzahl Einwohner am 31. Dezember des dem Rechnungsjahr vorangehenden Jahres.

² Die Steuerungskommission kann Akontozahlungen verlangen, die innert 30 Tagen zu bezahlen sind. Der Rechnungsausgleich erfolgt mit dem jährlichen Rechnungsabschluss.

Art. 36 Finanzierung der Investitionen

¹ Der Zweckverband kann seine Investitionen über Darlehen der Verbandsgemeinden oder Darlehen Dritter finanzieren.

² Darlehen einzelner Gemeinden werden in den Gemeinden als neue Ausgaben beschlossen.

Art. 37 Beteiligungs- und Eigentumsverhältnisse

¹ Die Verbandsgemeinden sind am Vermögen und am Ergebnis des Zweckverbands gemäss dem in Art. 35 Abs. 1 dieser Statuten definierten Verteilschlüssel beteiligt. Das Verhältnis der Beteiligungen der Verbandsgemeinden ändert sich durch Beitritt oder Austritt von Gemeinden.

² Die bestehenden Schutzanlagen des Zivilschutzes bleiben im Eigentum der Standortgemeinden und werden durch die betreffende Standortgemeinde versichert. Der Unterhalt der Liegenschaften geht zu Lasten der Eigentümer.

³ Die Verbandsgemeinden übergeben dem Zweckverband die benötigten Liegenschaften und Schutzräume unentgeltlicher Nutzung.

⁴ Der Zweckverband ist verantwortlich für den Unterhalt, die Revision und die Erneuerung aller Einrichtungen und Räumlichkeiten, welche dem Zivilschutz dienen.

⁵ Die beweglichen Materialien, beispielsweise Geräte, Fahrzeuge und Mannschaftsausrüstungen, sind im Eigentum des Zweckverbandes und werden vom Zweckverband unterhalten und erneuert.

Art. 38 Haftung

¹ Die Zweckverbandsgemeinden haften nach dem Zweckverband für die Verbindlichkeiten des Zweckverbands nach Massgabe des kantonalen Haftungsgesetzes.

² Der Haftungsanteil richtet sich nach dem in Art. 35 Abs. 1 dieser Statuten definierten Verteilschlüssel.

5. Aufsicht und Rechtsschutz

Art. 39 Aufsicht

Der Zweckverband untersteht der Staatsaufsicht nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes und der einschlägigen Spezialgesetzgebung.

Art. 40 Rechtsschutz und Verbandsstreitigkeiten

¹ Gegen Beschlüsse der Verbandsorgane kann nach Massgabe des Verwaltungsrechtspflegegesetzes Rekurs oder Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat oder bei einer anderen zuständigen Rekursinstanz eingereicht werden.

² Gegen Anordnungen und Erlasse von Mitgliedern oder Ausschüssen der Steuerungskommission oder von Angestellten kann bei der Steuerungskommission Neubeurteilung verlangt werden. Gegen die Neubeurteilung der Steuerungskommission kann Rekurs erhoben werden.

³ Streitigkeiten zwischen Verband und Verbandsgemeinden sowie unter Verbandsgemeinden, die sich aus diesen Statuten ergeben, sind auf dem Weg des Verwaltungsprozesses nach den Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung zu erledigen.

6. Austritt, Auflösung und Liquidation

Art. 41 Austritt

¹ Jede Verbandsgemeinde kann unter Wahrung einer Kündigungsfrist von 2 Jahren auf das Jahresende aus dem Verband austreten. Die Steuerungskommission kann diese Frist auf Antrag der betroffenen Gemeinde abkürzen.

² Eine austretende Zweckverbandsgemeinde hat keinen Anspruch auf Entschädigungen irgendwelcher Art.

³ Bereits eingegangene Verpflichtungen werden durch den Austritt nicht berührt.

Art. 42 Auflösung

¹ Die Auflösung des Zweckverbands ist mit Zustimmung der Mehrheit aller Verbandsgemeinden möglich. Der Auflösungsbeschluss hat auch die Liquidationsanteile der einzelnen Gemeinden zu nennen.

² Bei der einvernehmlichen Auflösung des Zweckverbands bestimmen sich die Liquidationsanteile der Verbandsgemeinden nach dem in Art. 35 Abs. 1 dieser Statuten definierten Verteilschlüssel.

7. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 43 Einführung eigener Haushalt

¹ Der Zweckverband führt ab dem 1. Januar 2020 einen eigenen Haushalt mit Bilanz.

² Der Zweckverband erstellt auf diesen Zeitpunkt eine Eingangsbilanz gemäss § 179 des Gemeindegesetzes.

Art. 44 Inkrafttreten

¹ Diese Statuten treten nach Zustimmung durch die Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden auf den 1. Januar 2020 in Kraft.

² Die Statuten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Regierungsrates.

³ Mit dem Inkrafttreten dieser Statuten werden die Statuten vom 1. Januar 2013 aufgehoben.

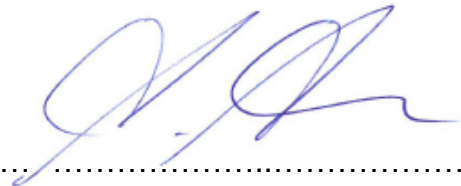
**Beschlussfassung durch die Verbandsgemeinden am 20. Oktober 2019
(Urnenabstimmung)**

Die Präsidentin des Zweckverbandes Zivilschutz Oberes Furttal



.....
Caroline Rau

Die Sekretärin des Zweckverbandes Zivilschutz Oberes Furttal:



.....
Alexandra Akermann

Genehmigung durch den Regierungsrat des Kantons Zürich

RRB Nr. 56 vom 29. Januar 2020